

## Einspruch exklusiv: Tunesiens undemokratisches Wahlgesetz

Von Julius Dihstelhoff und Mounir Mrad  
-Aktualisiert am 27.01.2023-18:21



Paris, Frankreich am 22.06.2022: Tunesiens Präsident Kais Saied Bild: Reuters

**Am Sonntag wählen die Tunesier im zweiten Wahlgang ein Parlament, das zuvor seiner Befugnisse vorwiegend beraubt wurde. Die Wahl ist Teil eines staatlichen Umbauprozesses des Präsidenten, dessen Kern die eigene Machtakkumulation bei gleichzeitigem Abbau des parlamentarischen Systems ist.**

Tunesien galt seit dem Arabischen Frühling von 2010/2011 als Hoffnungsträger eines innerstaatlichen und regionalen Demokratisierungsprozesses. Inzwischen regiert Präsident Kais Saied seit seiner Machtübernahme vom 25. Juli 2021 mittels Ausnahmezustand. Dieser basiert auf dem [Dekret 117](#) über außergewöhnliche Maßnahmen, welches dem Präsidenten die legislative Macht überträgt und ihm ermöglicht, Gesetzestexte in Form von Dekreten zu erlassen. Laut Artikel 139 der seit Juli 2022 geltenden Verfassung findet das Dekret 117 in der Gesetzgebung Anwendung bis ein Parlament nach der Wahl seiner Mitglieder die Arbeit aufnimmt. Dies wird nach dem kommenden Sonntag der Fall sein. Dass damit der Ausnahmezustand aber auch tatsächlich – und nicht nur de jure – endet, ist angesichts der Entwicklungen der vergangenen Monate unwahrscheinlich.

Ein wesentlicher Grund dafür ist das neue Wahlgesetz, welches die Basis für die Parlamentswahl war. Es hat einen großen Anteil am Niedergang des bisherigen parlamentarischen Systems. Dieses Gesetz, am 15. September 2022 im Amtsblatt Tunesiens veröffentlicht, ist sowohl aufgrund der Art und Weise seiner Implementierung als auch in seinen Inhalten stark umstritten und verschärft die Spannungen in der politischen Landschaft Tunesiens. Es wurde als Präsidialdekret in einem erneuten politischen Alleingang von Kais Saied erlassen. Eine Einbeziehung der politischen Parteien oder von Organisationen der Zivilgesellschaft erfolgte nicht. Selbst die vom Präsidenten selbst eingesetzte, angeblich unabhängige Wahlbehörde, der Instance Supérieure Indépendante pour les Élections (ISIE), wurde im Gesetzgebungsprozess ignoriert.

Zwar handelt es sich bei dem neuen Wahlgesetz formal um eine modifizierte Grundlage des Wahlgesetzes von 2014, sein Inhalt lässt aber von der alten Wahlordnung kaum etwas übrig: Es verleiht dem Präsidenten vor, während und nach den Parlamentswahlen größere Macht und forciert damit den Abbau des bis dato gekannten Parlamentarismus. Das politische System Tunesiens, das seit 2014 jeweils zur Hälfte auf parlamentarischen und präsidialen Elementen basierte, wird so radikal umgebaut.

## **Welche Neuerungen gelten?**

Eine besonders folgenschwere Modifizierung des Wahlsystems ist die Abänderung des bisherigen Wahlverfahrens. Die Listenwahl (Verhältnswahl), die unter dem parlamentarisch dominierten System (2011-2021) galt, wird durch ein Mehrheitswahlrecht in Einzelpersonwahlkreisen ersetzt. Anders als etwa in Großbritannien, das ebenfalls ein solches System kennt, muss die Aufstellung der Wahlbewerber formal gänzlich losgelöst von den politischen Parteien erfolgen. Sie werden dadurch bewusst marginalisiert.

Dies begünstigt eine Politik durch die Hintertür. Beispiele dafür sind die arabisch-nationalistische Partei der Volksbewegung (Mouvement du peuple) und die linke Vereinigte Partei der Demokratischen Patrioten (Parti unifié des patriotes démocrates). Beide Parteien sind keine offiziellen Verbündeten des Präsidenten, unterstützen allerdings seine Agenda. Sie haben zahlreiche Kandidaten für die Parlamentswahlen unterstützt, welche offiziell als Einzelbewerber antraten. Nicht ganz erfolglos, da zahlreiche dieser Kandidaten den zweiten Wahlgang erreichten und höchstwahrscheinlich Abgeordnete im neuen Parlament werden.

Problematisch ist zudem die Neuaufteilung der Wahlkreise. Es gibt nun 161 Wahlkreise, um das Einzelpersonprinzip durchzusetzen. Bei den Parlamentswahlen 2014 und 2019 waren es nur 33 Wahlkreise, in denen mehrere Abgeordnete nach dem Verhältniswahlrecht gewählt wurden. Der Neuzuschnitt der Wahlkreise erfolgte fast willkürlich. Ihre Größe unterscheidet sich stark, so dass ländliche Gegenden überrepräsentiert sind. Dies verletzt den Gleichheitsgrundsatz des Demokratieprinzips. Es hatte zudem die skurrile Konsequenz, dass in der ersten Wahlrunde in sieben Wahlkreisen keine Kandidaten antraten, während in zehn Wahlkreisen nur ein einziger Bewerber kandidierte, was automatisch zu seiner Wahl als Abgeordneter führte. Insgesamt gab es somit in 17 Wahlkreisen keinerlei politischen Wettbewerb.

Ein Grund dafür könnte sein, dass nach dem neuen Wahlgesetz ein Kandidat als Voraussetzung für seine Aufstellung zur Wahl 400 Unterstützer in seinem Wahlkreis vorweisen muss. Diese „Patenschaften“ müssen zur Hälfte von Frauen und zur Hälfte von Männern erbracht werden und ein Viertel der auf diese Weise erfassten Unterstützer muss unter 35 Jahren alt sein. Wenngleich dies dazu dient, die Zahl der Kandidaturen zu begrenzen, könnten zukünftig hierdurch klientelistische Strukturen und Korruption für das Sammeln von Patenschaften begünstigt werden.

## **Wahlkampf scheitert am Geld**

Zu den folgeschweren Änderungen der Wahlbedingungen zählen außerdem die Abschaffung der bisherigen öffentlichen Finanzierung von Wahlkampagnen sowie ein Verbot derer Finanzierung aus dem Ausland. Lediglich private oder unabhängige Wahlfinanzierungen sind gestattet, womit die Unterstützung eines Kandidaten durch einen starken Parteiapparat oder ausländische Spenden unterbunden wird. Letzteres hat nach Ansicht von Präsident Saied einen zu starken Einfluss auf die Wahlergebnisse vorheriger Wahlen gehabt. Durch die fehlende Wahlkampffinanzierung war die Debatte um Inhalte und Programme der verschiedenen Kandidaten in der ersten Runde der Parlamentswahlen im Vergleich zu vorherigen Wahlen quasi inexistent.

Nach dem neuen Wahlgesetz besteht ferner die Möglichkeit des Vertrauensentzugs der Abgeordneten in ihren Wahlkreisen bei Verletzungen der eigenen Integritätspflicht und der parlamentarischen Pflichten. Auch die unzureichende Umsetzung des im Wahlkampf vorgestellten Programms kann zum Verlust des Mandats führen. Diese Maßnahme, die als ein historisches Novum in Tunesien gilt, hatte Saïd schon in seiner Wahlkampagne von 2019 versprochen und dann in der Verfassung von 2022 festgeschrieben. Die Mechanismen des Vertrauensentzug sind komplex, trotzdem befürchten Kritiker, dass ohne ein starkes Parlament im Hintergrund schon alleine die Androhung des Misstrauensvotums gegen einen Abgeordneten als Erpressung dienen könnte, um seine Loyalität gegenüber der offiziellen Linie des Präsidenten zu erzwingen.

## **Welche Rolle spielt die Verfassung?**

Das neue Wahlgesetz weist insgesamt also eine ganze Reihe demokratischer Defizite auf. Der Niedergang des parlamentarischen Systems ist zudem in der neuen Verfassung vom 25. Juli 2022 angelegt. Der Verfassungstext trägt Saieds Handschrift und wurde dem tunesischen Volk de facto aufoktroziert, wenngleich ein Referendum durchgeführt worden ist. Gemäß Artikel 142 der Verfassung war nicht das Ergebnis des Referendums für die Annahme der Verfassung maßgeblich, sondern dessen bloße Durchführung. Dies kommt einer Entwertung des Bürgerrechts auf Partizipation gleich.

Besonders paradox ist hierbei, dass Saied laut seiner Wahlkampfaussagen eigentlich mittels vergrößerter Partizipationsmöglichkeiten der Bürger die Suprastruktur des Landes verändern wollte. Während die Verfassung von 2014 der tunesischen Legislative noch weitreichende Kompetenzen einräumte, wird das Parlament auf Grundlage der neuen Verfassung einen eingeschränkteren Handlungsspielraum mit reduzierteren Funktionen haben. Dabei kommt die Teilung der Legislative in ein Zweikammersystem, bestehend aus einem Parlament und einem so genannten Nationalrat der Regionen und Bezirke einer strukturellen Schwächung des Parlaments gleich. Denn zu den Kernfunktionen des Parlaments gehören zwar wie zuvor die Ausarbeitung und spätere Abstimmung von Gesetzen und Dekreten durch Fachausschüsse. Allerdings wird die zweite Kammer vor allem mit der Ausarbeitung regionaler und nationaler Entwicklungspläne sowie der Finanzplanung betraut sein. Das beschneidet de facto die parlamentarischen Funktionen von vornherein.

Hinzu kommt, dass das künftige Parlament nicht die Regierung einsetzen kann, da letztere allein dem Präsidenten unterstellt ist und dieser die Regierung ohne ein Vertrauensvotum des Parlaments ernennen und entlassen kann. Auch kann ein Misstrauensantrag nur sehr erschwert seitens des Parlaments gegenüber der Regierung angenommen werden, da diesem von zwei Dritteln der Mitglieder beider Kammern des Parlaments zuzustimmen ist. Ein Misstrauensvotum gegenüber dem Präsidenten ist zudem gar nicht möglich. Außerdem wird es keine Aufsicht durch das Parlament geben, da der Präsident keiner Instanz gegenüber Rechenschaft schuldig ist und die vollständige Kontrolle über den Staatsapparat innehat. Darüber hinaus muss nach der neuen Verfassung jeder Gesetzentwurf von mindestens zehn Abgeordneten eingebracht werden, wobei stets die vom Präsidenten eingebrachten Gesetzesvorschläge Vorrang haben.

## **Präsidenten-Gegner sind gespalten**

Ebenfalls zum Abbau des parlamentarischen Systems tragen indirekt Akteure aus der politischen Opposition Tunesiens bei, die eigentlich zu den größten Verfechtern des bisherigen politischen Systems gehören. Diese Opposition, der ein Großteil der Tunesier die wirtschaftlichen und sozialen Misserfolge des vergangenen Jahrzehnts zuschreibt, eint der Boykott der von ihnen als „Scheinwahlen“ deklarierten Parlamentswahlen. Zudem rief sie zum Rücktritt Saieds sowie zu Neuwahlen auf, wenngleich sie ideologisch und programmatisch zutiefst gespalten ist. Gleichwohl liefert sie seit der Machtübernahme keine stichhaltigen Alternativen zur Saied'schen Agenda.

Trotz ihrer heterogenen Zusammensetzung lässt sie sich in drei Blöcke aufteilen: Erstens in Die *Nationale Heilsfront (Front de Salut National)*, ein Bündnis aus progressiven und konservativen Kräften – darunter die ehemals regierende Ennahdha-Partei. Zweitens in einen weiteren Block, der sich die *Koordination der sozialdemokratischen Parteien (La Coordination des partis sociaux-démocrates)* nennt. Und drittens die Freie Destour-Partei (*Parti Destourien Libre, PDL*) unter der Leitung von Abir Moussi, einer prominenten Unterstützerin des ehemaligen Diktators Ben Ali.

Alle drei Blöcke hatten zum 12. Jahrestag des Sturzes von Ben Ali, am 14. Januar 2023, zu eigenen Demonstrationen gegen Präsident Saied in der Hauptstadt Tunis aufgerufen. Nur einige hundert Demonstranten sind den verschiedenen Appellen nachgekommen. Dies offenbart die schwache Mobilisierungskraft und die Fragmentierung der Opposition. Ebenso spiegelt diese Situation den starken Vertrauensverlust der Bevölkerung gegenüber den Parteien wider. Gleichzeitig gibt es aber auch eine zunehmende Unzufriedenheit mit dem Präsidenten: Am ersten Wahlgang der Parlamentswahl nahmen nur 11,2 Prozent der Wahlberechtigten teil. Es würde nicht überraschen, wenn ähnlich wenige Bürger am Sonntag ihr Wahlrecht wahrnehmen.

*Dr. Julius Dihstelhoff ist seit Mai 2020 Akademischer Koordinator des internationalen Merian Centre for Advanced Studies in the Maghreb (MECAM) mit Sitz in Tunis/Tunesien. Außerdem ist er Post-Doc im Fachgebiet Politik des Nahen und Mittleren Ostens am Centrum für Nah- und Mitteloststudien (CNMS) der Philipps-Universität Marburg.*

*Mounir Mrad ist Politologe und Programme Manager im Merian Centre for Advanced Studies in the Maghreb (MECAM) mit Sitz in Tunis/Tunesien.*

Quelle: F.A.Z. Einspruch

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001 - 2023

Alle Rechte vorbehalten.